

## Deutschland.

□ Berlin, 12. August. Wir haben ausnahmsweise einmal Ursache, der ultramontanen Presse Süddeutschlands dankbar zu sein. Seit einiger Zeit schreibt dieselbe nämlich der auswärtigen Politik der preussischen Regierung eine Biegsamkeit und Thätigkeit zu, die dieser alle Ehre macht. Leider ist diese Indessen in der Lage, einen Theil des Ruhmes, der ihr hier entgegengetragen wird, ablehnen zu müssen. Nichts desto weniger wird folgende kurze Zusammenstellung über die Thätigkeit der auswärtigen preussischen Politik nach diesen ultramontanen Angaben ihren Interesse haben. In Spanien soll die preussische Politik die Revolution angezettelt haben, um die dortige Dynastie zu stürzen, weil diese eine Allianz mit Frankreich anstrebe. In Italien sind Garibaldi und Mazzini von Preußen unterstützt worden, um den Papst aus Rom zu vertreiben; außerdem soll aber auch noch, wie die Instruktion an den Grafen Ufford beweist, eine Allianz mit dem König von Italien abgeschlossen werden, um Italien das Trentinische Gebiet zu verschaffen. Da Preußen bei den Nikoloburger Friedensverhandlungen die Forderung des Trentinischen Gebiets von Seiten Italiens entschieden abgelehnt hat, so werden wir hier belehrt, daß Preußen seine damaligen Ansichten vollständig geändert hat. Dann unterhält Preußen auch Spione in Böhmen, namentlich ist ein gewisser Frißke, der sich an der Hufsteuer in Konstanz als czechischer Agitator betheiligte, ein preussischer Agent und nebenbei Mitglied des literarischen Büreaus, wo ihn natürlich Niemand kennt. Endlich hat Preußen die böse Absicht, die Oester zu einem Mare clausum zu machen und mühet Italien zu, dasselbe mit dem Mittelmeer zu thun. Das sind einige von den Plänen Preußens, die nur durch die Enthaltungen der süddeutschen ultramontanen Presse verrathe werden. — Von Hannoverern, welche an dem Wiener Schützenfest Theil genommen haben, wird nachträglich mitgetheilt, daß Graf Platen und Danno Kloppe unter Heranziehung anderer welfischer Gäste beim ersten Banquet den Versuch gemacht haben, eine hannoversche Fratellon zu bilden. Diese Versuche haben indessen keinen Erfolg gehabt. Dagegen ist es zu einer noch größeren entente cordiale zwischen dem Grafen Platen, dem starren Legitimisten, und Hrn. Dr. Freie, dem starren Republikaner, gekommen, die in sehr vertrauter Weise mit einander verkehrt haben. — Die Presse beschäuftrachtet sich sehr angelegentlich mit dem Dienstausscheiden des Generals Vogel v. Falkenstein und der Reaktivierung des Generals v. Manteuffel. Es werden allerdings Deutungen versucht, um dieser Angelegenheit eine wichtige Bedeutung beizulegen und dieselbe als den Vorboten einer politischen Umwandlung in Preußen zu bezeichnen. Was die speziellen Gründe dieses Personalwechsels sind, ist hier nicht bekannt, indessen kann doch so viel gesagt werden, daß die in den Zeitungen umlaufenden Gerüchte nicht auf Thatsachen, sondern auf Vermuthungen beruhen. Will man Vermuthungen aufstellen, so ist die jedenfalls die natürlichste, daß die auch des Generals eigenen Rundgebungen hinwähren, daß der General nämlich in Ruhestand tritt, um eine Zeit lang in Ruhe auf seinem jüngst angekauften Gute Dölzig zu leben, wozu ihm noch der Gesundheitszustand seiner Gemahlin bestimmt hat. Bei einer unbefangenen Würdigung der Sache können überhaupt auch nur dergleichen persönliche Motive das Ausscheiden des Generals veranlaßt haben, und kann demselben eine politische Tragweite nicht beigelegt werden, so lange Graf Bismarck die Leitung der preussischen Politik in Händen hat. Daß diese Leitung beim Grafen Bismarck auch während seiner lässlichen Zurückgezogenheit geblieben ist und daß der große Staatsmann das Vertrauen des Königs fortwährend in vollster Maße genießt, darüber herrscht in wohlunterrichteten Kreisen nicht der geringste Zweifel. — Die Verfügung des Ministers des Innern, daß nach dem neuen Reichsgewerbegesetz ein Befähigungsnachweis für Buchhändler und Buchdrucker nicht mehr erforderlich ist, ist mit allgemeinem Beifall aufgenommen worden. Wenn sich jetzt in Hinsicht auf die frühere vom Handelsminister gegebenen Erklärungen zum Gewerbegesetz die Meinung geltend macht, daß in dieser Frage eine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Minister des Innern und dem Handelsminister bestünde und daß die Gerichte zu entscheiden haben werden, ob der Verfügung des Handelsministers oder des Ministers des Innern Folge zu geben sei, so ist dieselbe irrig. Die Frage wegen der Buchhändler und Buchdrucker ist schon bei den Verhandlungen zu dem dem Reichstag vorzulegenden Gewerbegesetz zur Sprache gekommen und hat sich im Staatsministerium eine vollständige Uebereinstimmung darüber gezeigt, daß der Befähigungsnachweis für Buchhändler und Buchdrucker weggelassen solle. Da nun die Angelegenheiten des Pressgewerbes nicht zum Ressort des Handelsministers, sondern des Ministers des Innern gehören, so ist die in Frage stehende Verfügung vom Minister des Innern erlassen worden.

□ Berlin, 12. August. Das Wiener Schützenfest scheint für Oesterreich noch unangenehme Nachrichten zu haben, indem sich immer klarer herausstellt, daß durch den überbrachten deutschen Patriotismus das bisher so befriedigende Einverständnis zwischen den tonangebenden Parteien in den beiden Reichshälften empfindlich berührt worden ist. Die hervorragenden Vorkämpfer der „Napio“, das Organ der Deal-Partei, und der den Standpunkt der liberalen Bourgeoisie vertretende „Pesther Lloyd“ geben ihrem Unmuth über das in Wien hervorgetretene Streben, Deutsch-Oesterreich zum übrigen Deutschland wieder in intimere Beziehungen zu bringen, so unverbolnen Ausdruck, daß die Wiener Publizistik sich betheiligend einmüthig gegen die Pesther Kollegen erhebt und die beiderseitige Sprache Formen angenommen hat, welche nicht einmal in der Blütheperiode der Schmerlingischen Aera üblich waren. Der „Napio“ behauptet stolz, Ungarn sei der Schwer-

Mittelpunkt der äußeren wie der inneren Politik des österreichisch-ungarischen Staates und, wie nicht anders zu erwarten, fällt das deutsch-österreichische Selbstgefühl über dieses Wort mit dem ärgsten Spott und unverhüllten Drohungen her, so daß die Fortsetzung dieser Polemik kaum zu etwas Anderem führen kann, als zur Aufschmelzung des bittersten gegenseitigen Hasses. Die Sache ist um so ernster, als von ungarischer Seite die Gelegenheit benützt wird, von der westlichen Reichshälfte eine erneute Konzession als Garantie für deren gesammelte Loyalität und zwar die Abtretung Dalmatiens an das Territorium der ungarischen Krone zu beanspruchen, wogegen die deutsch-österreichischen Journale nachdrücklich protestiren und an den Reichsrath wie an die Regierung die dringende Aufforderung richten, jenen unberechtigten Anspruch energig zurückzuweisen. Hoffentlich wird es der bewährten Vermittelungsgabe der österreichisch-ungarischen Staatsmänner noch bei Zeiten gelingen, die beiderseitige Aufregung zu beschwichtigen, den Deutsch-Oesterreichern dürfte aber der gegenwärtige Zwischenfall eine ernste Mahnung an die Verbindlichkeiten sein, welche sie, eben so wie die Ungarn, durch ihre Zustimmung zu der jüngsten Reform der staatsrechtlichen Verhältnisse ihres engeren Heimatlandes auf sich genommen haben, und an welche sie bereits in der Bankette des Herrn von Beust mit Nachdruck erinnert worden sind. Einen günstigen Eindruck hat diese Rede auch in den Kreisen der czechischen Opposition gemacht, welche aus dem Hinweis auf die notwendige Vereinigung aller Stämme Oesterreichs die Hoffnung schöpft, daß auch ihre Wünsche nicht länger unberücksichtigt bleiben sollen. Die „Correspondenz“, das an Stelle der „Politik“ erscheinende Hauptorgan der czechisch-liberalen Richtung, meint sogar, daß Herr von Beust auch nicht ungeeignet sein dürfte, dem, was er versprochen, auch zur Realität zu verhelfen, und es ist dieses Zugeständniß um so bemerkenswerther, als persönliche Antipathien bisher in der Haltung der czechischen Opposition eine nicht unbedeutende Rolle gespielt haben. (N. A. Z.)

— Nachdem die Konfiskationsangelegenheit in den Provinzen Nassau, Schleswig-Holstein und dem ehemaligen Kurfürstenthum Hessen durch königliche Decrees ihre Feststellung erfahren haben, haben noch in Frankfurt und in Hannover diese Angelegenheiten ihrer Erledigung. Wie wir hören, befinden sich die hannoverschen Konfiskationen in lebhafter Berathung. Es bestehen daselbst ein Landes-Konfiskationsrat in Hannover und außer ihm vier Konfiskationen in verschiedenen Landestheilen. Es scheint, als solle jetzt jenes Landes-Konfiskationsrat bestehen bleiben und die bisherigen Obliegenheiten der vier Konfiskationen vorweg unter sich nehmen.

— Eine Verfügung des Handelsministers bestimmt, daß im Bereich der Handels-, Gewerbe- und Bauverwaltung diejenigen Beamten, deren Verdienst 300 Thlr. und weniger beträgt, von der Verpflichtung zur Unterhaltung der ihnen überwiesenen Dienstwohnungen befreit sein sollen.

— (Post.) Als einen Beitrag zu der Geschichte der intimen Beziehungen zwischen Oesterreich und den süddeutschen Staaten, von denen in Wien jetzt wieder so viel die Rede gewesen, erzählt die „Magdeb. Ztg.“ folgende verbürgte Episode aus den Nikoloburger Friedensverhandlungen, die sich die jüdischen Schwärmer hinter die Ohren schrieben mögen: Graf Bismarck verlangte damals von Oesterreich, wie natürlich, den Ersatz der Kriegskosten, die Summe war also nicht gering; die österreichischen Unterhändler lamentirten und betheilten sich auf die Finanzlage ihres Staates, der unmöglich so viel bezahlen könne, aber sie machten zugleich den Vorschlag, die Kriegskosten auf ihre deutschen Allirten zu vertheilen, welche weit zahlungsfähiger seien, als Oesterreich. Zu diesen zahlungsfähigen Bundesgenossen gehörte in erster Linie auch die „gute deutsche Stadt“ Frankfurt.

— Ueber das berühmte Eloman'sche Auswandererschiff „Liebig“ früher „Lebnis“, Kapitän Bornhold, liegen der „Staats-Zeitung“ zufolge der deutschen Gesellschaft in Chicago beschworene Aussagen sehr gravirenden Inhalts vor. Schiff „Liebig“ segelte am 3. Mai mit 540 Passagieren von Hamburg ab und kam am 3. Juli in Quebec an. Die Passagiere erklärten, daß von 100 Kranken 49 (Kinder von 1—7 Jahren und 1 Erwachsener) starben und zwar, daß fast alle starben, denen der vorgebliche Schiffsarzt Medizin verabreichte, daß ferner diese Medizin erst dann verabreicht wurde, als der Kranke schon halb todt war, und daß von Krankenschwestern überhaupt auch erst im letzten Stadium der Krankheit die Rede war. Ferner wird über das empörende Betragen der Offiziere und Schiffsmannschaft gegen die weiblichen Passagiere scharfe Klage geführt.

— In der preussischen Armee findet sich gegenwärtig der Schwärze Adler-Orden, mit Einschluß der königlichen Prinzen und der fernherherrlichen Fürstlichkeiten, bei 39 Generalen, Stabs- und Subalternen-Offizieren vertreten.

— Der Kommandant des Invalidenhauses, General-Lieutenant v. Mallgöw, ist von seiner Vabereise aus Leipzig zurückgekehrt. Bei seiner Abreise hatte er dort den Unfall, sich einige Finger der rechten Hand zu verstauchen.

□ Schwerin, 12. August. Ein Extrablatt der „Mecklenburgischen Anzeigen“ veröffentlicht neue Erleichterungen der Nachversteuerung bezüglich der Baumwollwaaren, der Leinwand, der Seidenwaaren, Wollenwaaren und besonders des Weins.

□ Dresden, 11. August. Seit lange hat wohl auch unter unserer Bürgerschaft kein Vorschlag mehr Sensation gemacht, als der, die Stadträte Dresdens nicht auf Lebenszeit, sondern nur auf mehrere Jahre zu wählen und nach einem nicht zu langen Zeitraum zu einer Neuwahl zu schreiten. Nehaltes ist in mehreren Städten Sachsens angeregt worden und der Vorschlag schon werth, in städtischen Vereinen diskutiert zu werden. Bedenkt man, daß diese Vösten bei rühriger Verwaltung — um Ruhebänken sollen's ein-

mal nicht sein — unendlich viel Gutes schaffen können, so leuchtet es ein, daß der Vorgang anderer Staaten auch hierin Nachahmung verdient. Zunächst gilt es, Vorschläge für das Städte-Statut an die Kammer gelangen zu lassen und der bekannten Dresdner Langsamkeit entgegen energig vorzugehen.

□ Leipzig, 10. August. Das bei Leipzig gelegene große, geräumige Dorf Plagwitz ist zur Reitergarnison bestimmt und steht die Regierung wegen der erforderlichen Baulichkeiten mit Dr. Heine in Verhandlung. Es würde dann die Grimaldische Garnison dorthin verlegt werden.

□ Chemnitz, 10. August. Wie die „Chemnitzer Nachrichten“ melden, hat der jetzige „Präsident“ des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, Herr Fritz Wende, nach dessen eigenem Bericht über die letzte Generalversammlung, sämtlichen ostpreussischen Mitgliedern ihr Stimmrecht entzogen, welche in Folge des Nothstandes ihre Beiträge nicht zu zahlen vermochten!

□ Koburg, 11. August. Mit dem neuesten Regierungsblatte sind verschiedene Gesetze zur Publikation gelangt, welche sich auf Civil- und Kriminalrechtspflege des hiesigen Herzogthums beziehen und deren Erlaß sich in Folge des Staatsvertrags notwendig gemacht hat, welcher zwischen der Staatsregierung der Herzogthümer Koburg und Gotha und den Staatsregierungen des Großherzogthums Weimar, der Fürstenthümer Schwarzburg-Rudolstadt und Schwarzburg-Sondershausen, sowie der Fürstenthümer Reuß älterer und Reuß jüngerer Linie über Anschluß der Herzogthümer Koburg und Gotha an das gemeinschaftliche Appellationsgericht zu Eisenach abgeschlossen worden ist. Unter Anderem ist auch gesetzlich bestimmt, daß von dem Zeitpunkt an, zu welchem der eben erwähnte Anschluß zur Ausführung gelangt sein wird, überall, wo in dem Strafgesetzbuch und in der Strafprozeß-Ordnung Jaland und Ausland, Jaland und Ausländer unterschieden werden, der Ausdruck „Jaland“ auf die Gesamtheit der zu dem Appellationsgerichte zu Eisenach vereinigten Staaten bezogen und jeder Angehörige eines dieser Staaten als unter dem Ausdruck „Jaland“ mit begriffen angesehen werden soll.

□ Aus Anhalt, 11. August. Herr v. Larisch hat das Ausführungs-Reskript des preussischen Handelsministers zum neuen Bundesgewerbegesetz nicht ohne Nutzen studirt. In der für unser Herzogthum erlassenen Verordnung heißt es unter Anderem: „Zum Beginn und Betrieb eines bestehenden Gewerbes ist Geschäftsbücherei und Geschäftsfähigkeit erforderlich.“ Ferner: „In der Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Erwerbung des Bürgerrechts, soweit solche gesetzlich begründet ist, wird durch gegenwärtige Verordnung Nichts geändert.“ Nichts? Da das Gewerbegesetz die Beschränkungen, die noch fortbestehen sollen, ausdrücklich bezieht, so sollte man meinen, alle nicht ausdrücklich bezeichneten seien weggefallen. Unsere Verordnung ist, wie man sieht, anderer Meinung. Für die Pressgewerbe werden überdies die Konzessionen ausrecht erhalten, und diese kann in allen Fällen selbst dann versagt werden, wenn das von den Gewerbetreibenden gewählte Lokal seiner Beschaffenheit oder Lage den polizeilichen Anforderungen nicht genügt.“ Will mithin die Polizei die Errichtung einer Buchhandlung nicht zulassen, so hat sie dazu freie Hand, wenn ihr das gewählte Lokal „nach Lage oder Beschaffenheit“ nicht zusagt! Man sieht aus diesen Proben, daß die Bundesversammlung eine Heularbeit erwartet, wenn aus allen Bundesländern Remedur gegen die Landesverordnungen nachgesucht werden wird, und das kann nicht ausbleiben.

□ Naumburg, 11. August. Das Sonntagsspiel an der Bank von Naumburg wurde in Folge des Erlasses des bekannten norddeutschen Bundesgesetzes Sonntag den 26. Juli zum ersten Mal eingestellt; ein heftiger Regierungskonflikt, Kreisathleten Haas, erschien in Begleitung des Ortspolizei-Kommissars in den Spielzimmern, um sich über die Befolgung der angeordneten Maßregel persönlich zu verlässigen. Die Direktion der Spielbank-Gesellschaft hat sich, wie verlautet, wegen des Einstellens des Sonntagsspiels beschwerend an die Großherzogliche Staatsregierung gewandt; es versteht sich jedoch von selbst, daß es bei der getroffenen Anordnung sein unabänderliches Bewenden zu behalten hat. Der Spielvertrag lautet noch auf 9 Jahre, 1872 haben jedoch sämtliche Spielbanken im Gebiete des norddeutschen Bundes ihre Gelder zu lange geübte Thätigkeit befristet für immer einzustellen.

□ Schwalbach, 12. August. Der König von Preußen traf heute Nachmittag um 5½ Uhr hier ein und stieg unmittelbar nach seiner Ankunft dem Kaiser von Rußland einen Besuch ab. Auf Morgen wird der König von Bayern hier erwartet.

□ München, 10. August. Der König von Bayern hat sich von Kissingen wieder nach Schloß Berg begeben, dagegen ist der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe jetzt in dem genannten Bade, in dem der Kaiser von Rußland weilte, eingetroffen. — Die hiesige „Korrespondenz Hoffmann“, welche bekanntlich offiziöses Organ ist, läßt sich gegenüber Berliner officiösen Äußerungen nochmals, wie sie sagt zum letztenmal, über den Stand der Verhandlungen zur Schaffung einer süddeutschen Militärkommission aus. Sie sagt, die bayerische Regierung sei vollkommen bereit, auf derlei Verhandlungen einzugehen, und wenn sie dabei daran festhalte, daß der Zusammenhang des süddeutschen Defensivsystems mit dem norddeutschen gewahrt bleibe, so befindet sie sich mit der württembergischen und bayerischen in vollkommenem Einklang. Baden habe auch die bayerischen Propositionen nicht abgelehnt, sondern man habe dort deshalb, weil der Kriegsminister v. Beyer in Urlaub sich befand, nur nicht schon am 15. Juli die Verhandlungen beginnen lassen können. Wann sie nun beginnen sollen, darüber sagt die Korrespondenz nichts; sie versichert nur, daß über das Materielle der Sache noch gar nicht unterhandelt, dies vielmehr einem persönlichen Zusammentritt von Vertretern der drei Regierungen vorbehalten sei.



Haser desgl. Leinöl loco Hull 30 $\frac{3}{4}$ . — Wetter wolkig.